

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 20.06.2017

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung: **19:10 – 19:15 Uhr**
Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Frau Gorsler Stellv. Vorsitzende
Herr Kaufmann
Herr Pieplau
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino
Frau Jansen
Herr Jung (bis 18.45 Uhr)
Herr Wasyliw
Herr Weber (bis 19.25 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller
Herr Hood Vorsitzender
Frau Mann

BfB

Herr Bolte (bis 19.50 Uhr)

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat (bis 20.20 Uhr)
Frau Huber Seniorenrat
Herr Sielmann FDP-Gruppe FDP-Gruppe
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rüsing (f. Herrn Weber) (ab 19.15 Uhr)
Frau Schellong (f. Herrn Jung)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Frau Buddemeier
 Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Streubühr
 Frau Bueren

Herr Keseberg
 Frau Kleiner
 Herr Linnenbürger
 Herr Bilke

Herr Markus

Gäste

Frau Hopster
 Frau Knoke
 Frau Vogt

Herr Struck

Frau Joachims

Herr Hellmich

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Gleichstellungsstelle
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Stab Dezernat 3
 Stab Dezernat 5
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

AGW
 Bethel.regional
 Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V.
 Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V.
 Stadtteilkoordinatorin Oberlohmannshof, GfS
 Stadtteilkoordinator Hellingskamp, Diakonie für Bielefeld

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 25. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 16.05.2017**

- abgesetzt -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Ratgeber rund ums Alter**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den ausgelegten Ratgeber, der unter http://www.bielefeld-pflegeberatung.de/background/files/image/Bielefeld_80.pdf auf der Homepage der Stadt Bielefeld auch in digitaler Form erhältlich sei.

Zu Punkt 2.2 **Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Bielefeld am 09.05.2017**

Vorsitzender Herr Hood informiert über die Podiumsdiskussion anlässlich des Protesttages. Im Rahmen der Veranstaltung sei den Diskussionsteilnehmern die mit der Einladung versandte Resolution überreicht worden. Es hätten sich ca. 1.000 Menschen auf dem Rathausplatz eingefunden.

Zu Punkt 2.3 **gemeinsame Sondersitzung von Stadtentwicklungsausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss am 05.07.2017**

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass die geplante gemeinsame Sondersitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss aus organisatorischen Gründen ausfallen müsse. Ein neuer Termin sei für nach den Sommerferien angedacht.

Herr Weber bittet darum, einen neuen Termin frühzeitig mitzuteilen.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Notfallnummer -aktualisierter Flyer-

Frau Dr. Delius verweist auf eine neue Auflage des Notfallflyers, der an die Mitglieder verteilt wird.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 24.06.2017: Straßenfest zum Internationalen Tag der Geflüchteten

Vorsitzender Herr Hood verweist auf das ausliegende Plakat für das am 24.06.2017 von 17.00 – 20.00 Uhr stattfindende Straßenfest in der Webereistraße.

-.-.-

Zu Punkt 2.6 30.06.2017: 2. Mit-Mach-Konferenz "Inklusion ganz einfach !? - Ideen für Freizeit, Kultur und Sport

Frau Krutwage teilt mit, dass am 30.06.2017 eine Fortsetzung der Mit-Mach-Konferenz stattfindet. Sie lädt alle herzlich zur Teilnahme an der Konferenz ein. Die Teilnahmevoraussetzungen seien auf der Homepage der Stadt Bielefeld einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 2.7 07.09.2017: Fachtagung "Einwanderungsstadt Bielefeld - im Spannungsfeld zwischen Integration und Segregation"

Vorsitzender Herr Hood weist auf eine gemeinsame Veranstaltung des Integrationsrates, des Sozialdezernates und des Kommunalen Integrationszentrums hin. Die entsprechende Einladung zur Fachtagung sei den Mitgliedern bereits per Mail zugegangen.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass wissenschaftliche und bundesweite Debatten aus wissenschaftlicher Sicht vorgetragen würden. Dadurch werde die Möglichkeit geschaffen, die kommunale Integrationspolitik zu reflektieren.

-.-.-

Zu Punkt 2.8 23.-29.09.2017: Woche der pflegenden Angehörigen

Frau Krutwage verteilt einen Flyer zur diesjährigen Woche der pflegen-

den Angehörigen in Bielefeld, aus dem die Hauptveranstaltungen (Gala-Diner, Kino-Vorstellung und Konzerte) zu entnehmen sind.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Konzept zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft (KdU) (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 13.06.2017)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5026/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Antwort der Verwaltung, die als Tischvorlage (**Anlage 1**) vorliege.

Fragen von Frau Bußmann werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Einführung einer Katzenschutzverordnung in Bielefeld (Antrag der Fraktionen der Ratskoalition vom 06.06.2017)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4982/2014-2020

Frau Mann begründet den Antrag mit einer stetig wachsenden Population an wildlebenden Katzen. Eine Katzenschutzverordnung biete einen guten Weg, dem Tierschutz gerecht zu werden. Es werde die Möglichkeit geschaffen, Halter von freilaufenden Tieren aufzufordern, ihre Tiere kastrieren zu lassen und so den weiteren Anstieg von freilebenden und halterlosen Tieren zu verhindern.

Darüber hinaus weist Frau Gorsler darauf hin, dass in anderen Gemeinden bereits gute Erfolge mit einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht erzielt worden seien.

Herr Weber äußert sein Bedauern darüber, dass bei diesem parteipolitisch unkritischen Thema, kein gemeinsamer Antrag aller im Ausschuss vertretenen Parteien zustande gekommen sei. Auf seine Nachfrage führt Frau Dr. Delius aus, dass Voraussetzung für den Erlass einer Satzung sei, dass die aktuelle Population der kranken Tiere in der Stadt ermittelt werde. Diese Daten würden jetzt ermittelt. Nach Vorliegen dieser Daten könne auch erst eine Prognose zu den haushaltsrechtlichen Auswirkungen vorgenommen werden.

Herr Gugat fordert die Verwaltung dazu auf, ein aussagekräftiges, umsetzungsfähiges und sozial gerechtes Konzept zu erarbeiten. Es müsse gewährleistet sein, dass auch Menschen mit geringem Einkommen der Kastrationspflicht nachkommen könnten.

Vorsitzender Herr Hood stellt zusammenfassend fest, dass mit diesem Beschluss der Auftrag zur Erarbeitung einer Katzenschutzverordnung erteilt werde.

Die Verwaltung sagt zu, im Vorfeld die Anzahl der erkrankten Tiere zu erheben und eine haushaltsrechtliche Einschätzung abzugeben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, für das gesamte Bielefelder Stadtgebiet eine „Katzenschutzverordnung“ nach §13b des Tierschutzgesetzes (TSchG) in Verbindung mit §5 der Verordnung über Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Tierschutzrechts (Zuständigkeitsverordnung Tierschutz Nordrhein-Westfalen – ZustVO Tierschutz NRW) zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Bericht der Wohnungslosenhilfe in Bielefeld über das Angebot, die Kooperation und die Wirkungen ihrer Arbeit und Vorstellung des gemeinsamen Jahresberichtes für das Jahr 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4971/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass das Interesse der Kommune darin bestehe, Wohnungslosigkeit zu verhindern. Wohnungslosigkeit stelle ein ordnungspolitisches, vor allem aber auch ein sozialpolitisches Problem dar. Seit dem letzten Bericht 2012 sei zwischenzeitlich, aufgrund fehlender Wohnungen, starker Mieterkonkurrenz und Menschen, die die Hilfeangebote nicht annehmen, eine kritische und schwierige Tendenz zu beobachten. Da Wohnungslosigkeit nicht gewollt sei, sei es notwendig, das Hilfesystem zu beobachten und dahingehend zu überprüfen, ob die bestehenden Maßnahmen noch ausreichend seien.

Mit diesem Bericht solle eine Debatte angestoßen werden, um das in Bielefeld bestehende Netzwerk weiter zu entwickeln. Hierzu sei auch ein Fachtag geplant.

Herr Keseberg und Frau Knoke informieren über die wesentlichen Punkte des Berichtes (**Anlage 2**).

Auf Fragen von Herrn Pieplau, Herrn Gugat, Frau Adilovic, Frau Mann, Herrn Weber, Herrn Jung, Herrn Sielmann, Herrn Holler, Herrn Brücher und Frau Bußmann führen Herr Keseberg und Frau Knoke u. a. aus, dass es durch den knappen Wohnraum extrem schwer sei, Wohnungslo-

se in Wohnungen zu vermitteln. In der heutigen Wohnungsmarktsituation hätten kranke und sozial schwache Menschen eine Vielzahl von Mitbewerbern bei der Wohnungssuche. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, könne ein erster Schritt die Modifizierung des KdU-Konzeptes sein. Die Verhinderung von Energiesperren liege in der Zuständigkeit des Jobcenters, wobei in regelmäßig stattfindenden Arbeitskreisen zwischen Jobcenter, Stadtwerke und Stadt Bielefeld, Einzelfälle besprochen und Lösungen erarbeitet würden. Bei der Unterbringung von einheimischen (in Bielefeld gemeldeten) Wohnungslosen in Unterkünfte, würden persönliche Besonderheiten berücksichtigt. Für den nächsten Winter seien Unterkunfts-Plätze in ausreichender Zahl vorhanden. Das Postanschrift-Angebot der KAVA werde ausschließlich für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gem. § 67 SGB XII vorgehalten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-:-

Zu Punkt 6

Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4850/2014-2020

Frau Buddemeier verweist auf den Ratsbeschluss vom 02.06.2016, in dem die Gleichstellung von LSBTI* als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung integriert und umgesetzt werden soll. Sie gibt einen Überblick über die Struktur des Aktionsplanes.

Frau Vogt und Herr Struck informieren über die Arbeit des 17 Initiativen, Gruppen und Vereine umfassenden Netzwerkes in Bielefeld (**Anlage 3**). Sie verdeutlichen die auch noch heute existierende Diskriminierung im Alltag.

Frau Weißenfeld bittet die Anwesenden, den gemeinsamen Antrag der Koalitionsparteien zu beschließen und nicht zu vertagen.

Herr Weber vertritt die Auffassung, dass sich die Bevölkerung dieses Themas bereits bewusst sei. Er schätzt, dass bereits einige Themen in anderen Projekten berücksichtigt würden und verweist in diesem Zusammenhang auf den als Tischvorlage verteilten Antrag der CDU-Fraktion (*zur besseren Recherche als Drucks.-Nr. 5061/2014-2020 erfasst*), in dem die Verwaltung aufgefordert werden solle, die bereits von der Stadt Bielefeld finanzierten Vorhaben (inkl. Kostenvolumen) darzulegen. Darüber hinaus kritisiert er, dass eine freiwillige Aufgabe ohne jegliche haushalterische Deckung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Frau Buddemeier ergänzt auf Fragen von Herrn Gugat, Herrn Sielmann, Frau Weißenfeld, Frau Mann und Herrn Weber, dass die einzelnen Maßnahmen bzgl. ihrer Umsetzbarkeit in den vorhandenen Budgets, innerhalb der Verwaltung abgestimmt seien. Sie würden sukzessive umgesetzt. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass sich bei der Umsetzung der Vorläuferprogramme von 2002 und 2004 niemand konsequent um deren Umsetzung gekümmert habe. Die vorgeschlagene Koordinierungsstelle würde die Verwaltung bei der Umsetzung der Maßnahmen begleiten. Dafür werde eine Umsetzungszeit von mindestens zwei Jahren kalkuliert.

Herr Bolte schließt sich der Kritik von Herrn Weber an und schlägt vor, den von der CDU-Fraktion geforderten Bericht der Verwaltung in der nächsten Sitzung abzuwarten und dann einen Beschluss zu fassen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis.

Zu Punkt 6.1

gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 14.06.2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5027/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood ruft den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen auf.

Frau Weißenfeld begründet den Antrag und weist darauf hin, dass der SGA nur für Maßnahmen in Höhe von 15.000 € zuständig sei. Dieser Beschluss biete die Möglichkeit, die Kosten bereits im Vorfeld aufzuteilen und die notwendigen Maßnahmen zu prüfen.

Herr Weber teilt mit, dass ein gleichlautender Antrag im JHA vertagt worden sei. Da noch immer kein Deckungsvorschlag vorliege, sei die CDU-Fraktion weiterhin nicht abstimmungsfähig. Er verweist hingegen auf den unter TOP 6.2 aufgeführten Antrag seiner Fraktion, mit dem ein umfangreicher Bericht über die bereits existierenden Maßnahmen eingefordert werde. Entscheidungen über haushaltsrechtlich relevante Themen sollten deshalb bis in die nächste Sitzung verschoben werden.

Herr Weber beantragt für den Antrag eine 1. Lesung.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die finanziellen Auswirkungen. Frau Buddemeier teilt mit, dass bereits im Vorfeld ein enger Austausch mit den Fachverwaltungen stattgefunden habe.

Herr Brücher fordert mit einem Beschluss über Punkt 2 des Antrages dazu auf, die fachliche Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung gegenüber dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Hauptausschusses zu signalisieren.

Diese Auffassung wird von Frau Weißenfeld unterstützt. Als Kompromiss schlägt sie vor, eine Einzelabstimmung der Antragspunkte in Erwägung zu ziehen.

Herr Weber erklärt daraufhin, dass Punkt 1 lediglich eine Kenntnisnahme und daher unstrittig sei. Aufgrund des Finanzierungsvorbehaltes könne über Punkt 2 nur in einer 2. Lesung befunden werden.

Herr Gugat beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 19.10 – 19.15 Uhr

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bittet Frau Weißenfeld die SGA-Mitglieder dem Antrag in vollem Umfang zuzustimmen. Herr Gugat kritisiert die Verzögerungstaktik der CDU-Fraktion. Er bewertet den Antrag als inhaltlich wichtig und bittet um Abstimmung.

Herr Copertino und Herr Weber bekräftigen nochmals ihre Auffassungen und sehen keinen Grund für die Eilbedürftigkeit der Antragsabstimmung. Die CDU-Fraktion könne dem Antrag in der Form nicht zustimmen. Auf die Aussage von Herrn Gugat weist Herr Weber darauf hin, dass sich die Paprika-Koalition mit ihrem Verhalten außerhalb des vereinbarten parlamentarischen Rahmens bewege.

Herr Bolte beantragt eine getrennte Abstimmung der Antragspunkte aus der Drucks.-Nr. 5027/2014-2020.

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung der Punkte:

Beschlüsse:

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt den Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“ und unterstützt die Umsetzung der im Aktionsplan genannten 75 Maßnahmen.

- einstimmig beschlossen -

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, die entsprechenden Finanzmittel über die Veränderungslisten in den Haushalt 2018 einzustellen.

-bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen –

Im Nachgang der Abstimmung macht Herr Weber nochmal deutlich, dass die Antragsteller die Bitte der CDU-Fraktion um eine 1. Lesung nicht angenommen haben.

...-

Zu Punkt 6.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5061/2014-2020

Aussprache erfolgte unter TOP 6.1 der Tagesordnung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung, zur nächsten Sitzung zu überprüfen, welche Angebote die Stadt Bielefeld, die freien Träger, die Interessengemeinschaften und die Vereine bereits im Bereich LSBTI anbieten. Des Weiteren bitten wir die Verwaltung darzulegen, welche Kosten bei der Stadt hierfür an-

fallen und welche Zahlungen sie an freie Träger, Interessengemeinschaften und Vereine vornimmt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

*Im Anschluss wird der Tagesordnungspunkt 10 beraten
 (s. Protokollierung unter dem entsprechenden TOP im späteren Teil der
 Niederschrift)*

Zu Punkt 7

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2017 bis 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4903/2014-2020

Frau Bueren informiert über die Entwicklung bei der Nachfrage nach Pflegeplätzen (**Anlage 4**).

Auf Nachfragen von Frau Huber und Herrn Copertino führt Frau Bueren aus, dass der Bedarf an Nachtpflegeplätzen durchaus existiere, er aber nicht so sichtbar sei, dass Träger sich auf das finanzielle Risiko einlassen. Gleiches gelte auch im Bereich der Pflegeplätze für Migrantinnen und Migranten. Der Bedarf für Menschen mit muslimischem Hintergrund sei ebenfalls gegeben, werde aber nicht angemeldet. Es sei bekannt, dass 95 % der türkischen Pflegebedürftigen von ihren Angehörigen gepflegt würden. Auch bei Überforderung der pflegenden Personen, werde eine Unterstützung bei Pflegediensten nur selten nachgefragt. Sie regt an, im Rahmen der Diskussionen über den Altenbericht, auch diese Aspekte zu betrachten.

Für Menschen mit russischem Hintergrund gebe es bereits zwei Tagespflegeeinrichtungen.

Frau Weißenfeld erhofft sich mit dem neu errichteten Pflegehotel in Brackwede eine andere Form der Tagespflege, die eine andere Atmosphäre als ein Pflegeheim vermitteln könne.

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass sich die Stadt Bielefeld in der Lage sehe, die absehbaren Bedarfe ohne zusätzliche stationäre Angebote erbringen zu können; dies gehe allerdings nicht automatisch. Mit noch zu erarbeitenden Veränderungen müssten die ambulanten Angebote noch verbessert werden.

Auf Bitten von Frau Adilovic, Frau Mann und Frau Huber sagt die Verwaltung eine Vorstellung der Situation der Pflegebedarfe von Migrantinnen und Migranten im Integrationsrat zu.

Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeit-**

raum 2017 - 2019 kein Bedarf an zusätzlichen stationären Pflegeplätzen besteht. Der Bedarf wird durch entsprechende Angebote in ambulanten und in kleinteiligen Wohn- und Pflegearrangements gedeckt. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Angebotsformen zur Sicherung einer umfassenden Pflege zu unterstützen.

2. Es besteht ein Bedarf an zusätzlichen Tagespflegeplätzen in Bielefeld. Bereits vorliegende Interessensbekundungen von Trägern lassen bis 2019 so viele zusätzliche Tagespflegeplätze erwarten, dass dann von einer gesicherten Versorgung ausgegangen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, Träger von Tagespflegeangeboten bei der Umsetzung wohnortnaher Tagespflegeeinrichtungen zu unterstützen. Eine gleichmäßige sozialräumliche Verteilung der Tagesangebote ist dabei zu verfolgen.
3. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2017-2019 wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Geplantes Modellprojekt "Entwicklung und Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im Stadtteil Baumheide"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4954/2014-2020

Frau Dr. Delius informiert über wesentliche Punkte der Vorlage.

Fragen von Herrn Sielmann werden beantwortet.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt die Initiierung eines Modellprojektes „Entwicklung und Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im Stadtteil Baumheide“ und empfiehlt dem Rat, die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2018 einzustellen und in den Folgejahren 2019 und 2020 in die Plandaten aufzunehmen.

Die Durchführung des Projektes steht unter dem Vorbehalt, dass das Land NRW die beantragten Fördermittel zur Verfügung stellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9**Situation der Flüchtlinge in Bielefeld -gesundheitliche Versorgung**

Frau Dr. Delius teilt mit, dass es in der Ärzteschaft ein hohes Engagement gebe. Sie habe den Wunsch, dass die Flüchtlinge mit Termin und mit Dolmetscher in die Praxen kommen. Die Integration in der Regelversorgung schreite voran und sei auf einem guten Weg. Die Probleme in der hausärztlichen Versorgung wirkten sich auch auf Flüchtlinge aus. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die am 16.05.2017 geführte Diskussion.

Frau Weißenfeld weist auf einen Film des Deutschen Roten Kreuzes hin, der sich mit dem Gesundheitssystem der Flüchtlinge beschäftigt. Unter dem Link <https://www.drk-gesundheitsfilme.de/> ist der Film einsehbar.

Zu Punkt 10**Zwischenbericht zu den im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen geförderten Maßnahmen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4967/2014-2020

Frau Krutwage informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Herr Copertino bittet darum, im nächsten Bericht bei der Aufstellung der bewilligten Projekte auch die entsprechenden Geldmittel aufzuführen. Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass diese Aufstellung nur im nichtöffentlichen Teil bekanntgegeben werden könne.

Herr Hellmich, Sozialarbeiter bei der Diakonie für Bielefeld, stellt seine Arbeit in der Stadtteileinrichtung HELLI, im Stadtbezirk Mitte vor **(Anlage 5)**.

Frau Joachims, Mitarbeiterin bei der Gesellschaft für Sozialarbeit, berichtet über ihre Arbeit in der Stadtteileinrichtung am Oberlohmannshof, im Stadtbezirk Jöllenbeck. Sie macht deutlich, dass der Schwerpunkt auf der Beziehungsarbeit zu den Menschen liege, die sehr viel Zeit benötige. Sie arbeite eng mit der Fachstelle für Flüchtlinge zusammen. Zwischenzeitlich sei für die Stadtteilkoordination eine Wohnung verfügbar, so dass die Inanspruchnahme von Beratungsangeboten nur kurze Wege erfordere. Allerdings sei die Wohnung noch nicht eingerichtet.

Auf Nachfrage von Frau Hopster zur Rolle der Ehrenamtlichen in den Quartieren führt Frau Joachims aus, dass im Stadtbezirk Jöllenbeck bereits ein gut funktionierendes Netzwerk der Ehrenamtlichen existiere. Die Menschen kennen sich und es gibt kurze Wege für Erledigungen. Ohne die Ehrenamtlichen seien einige Unterstützungsangebote nicht möglich. Auch solle die Unterstützung von ausländischen Ehrenamtlichen gewertschätzt werden; z. B. Syrer, die schon seit einigen Jahren in Deutschland leben.

Herr Hellmich macht deutlich, dass die ehrenamtliche Arbeit in seinem Stadtteil, aufgrund des geographischen Zuschnittes anonymer stattfindet. Es herrsche nach wie vor ein großes Engagement von Einzelpersonen und der Kirchengemeinden. Viele Ehrenamtliche seien eigenständig auch innerhalb der Unterkünfte aktiv. Im Innenstadtbereich gestalte sich die Gewinnung von neuen Ehrenamtlichen hingegen sehr schwierig.

Frau Gorsler teilt mit, dass in den Berichten erkennbar werde, dass jede Stadtteilkoordination eine eigene Handschrift im Quartier habe.

Herr Gugat weist darauf hin, dass sich zahlreiche Ehrenamtliche ausschließlich projektbezogen einbringen wollen. Die Patenschaften seien zwar äußerst wichtig, aber auch dieser Aspekt sollte bei der Akquise von Ehrenamtlichen berücksichtigt werden.

Weitere Fragen von Frau Adilovic werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass die für zwei Jahre bewilligte Stadtteilarbeit koordinieren und Strukturen aufbauen solle. Ziel sei es, Angebote auszubauen und tragfähig zu machen, so dass sie in die Regelangebote übergehen könnten. Der Bericht biete eine gute Grundlage, im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Fortsetzung des Projektes zu diskutieren.

Der Ausschuss bedankt sich für die Arbeit der Stadtteilkoordinatoren und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 11 Haushaltsplanberatungen 2018, 1. Lesung

Vorsitzender Herr Hood bittet die Mitglieder, Fragen zu den Haushaltsunterlagen vorab schriftlich zu stellen und bis spätestens 27.06.2017 bei der Geschäftsführung einzureichen. So könne die Verwaltung eine abschließende Beantwortung in der nächsten SGA-Sitzung sicherstellen.

Zu Punkt 11.1 Haushalts- und Stellenplan 2018 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4877/2014-2020

1. Lesung -

Zu Punkt 11.2 Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für den Stab des Dezernates 5

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4908/2014-2020

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Stellenplan 2018 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4961/2014-2020

Frau Bußmann bittet um Erläuterungen zur Stellenentwicklung beim Jobcenter. Eine Beantwortung wird für die nächste Sitzung zugesagt.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.4 Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4879/2014-2020

Frau Weißenfeld lobt die gute Darstellung des Stellenplans.

Vorsitzender Herr Hood verweist auf einen Antrag der von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, zur Finanzierung des Projektes Streetwork. Der Antrag sei als Anlage 7 der Beschlussvorlage beigefügt.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass für das Projekt große Unterstützungssympathie bestehe und die Arbeit sehr wichtig für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sei. Einen Deckungsvorschlag könne die Verwaltung allerdings verbindlich noch nicht unterbreiten.

Frau Mann bekundet die Unterstützungsbereitschaft ihrer Fraktion zu diesem Antrag.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.4.1 Konzept zur Weiterentwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe vom 19.06.2017)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5054/2014-2020

Frau Gorsler begründet den Antrag dahingehend, dass die von der Verwaltung im Haushalt 2018 eingeplanten Finanzmittel von 600.000 € konkret zugeordnet werden sollten. Sie erinnert an die zahlreichen Berichterstattungen und Anfragen, die im SGA diskutiert worden seien. Die zur Verfügung stehenden geringen Finanzmittel sollten so eingesetzt werden, dass sie bei den Menschen ankommen, die einen besonderen Bedarf hätten.

Herr Copertino bekundet die Zustimmung seiner Fraktion, auch wenn er sich einen Austausch im Vorfeld der Sitzung gewünscht hätte. Er weist explizit darauf hin, dass Bielefeld nicht regelungslos sei und es in Einzelfällen immer Lösungen gegeben habe. Eine Konzepterstellung werde nicht zu mehr Wohnraum führen und er bezweifle, dass die bereits eingestellten Mittel ausreichen würden. Eine Möglichkeit der Mittelanhebung sehe er allerdings auch nicht.

Frau Bußmann teilt mit, dass sie sich Verbesserungen in dem Bereich nicht entgegen stellen werde. Sie habe aber Bedenken, ob die bereitgestellten Finanzmittel für die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe ausreichend seien. Sie fordert die Verwaltung auf, eine juristisch haltbare Lösung zu erarbeiten.

Herr Gugat macht deutlich, dass eine massive Anhebung der KdU-Sätze nur dazu führen würde, dass die Grundmieten bei den Baugesellschaften und anderen Vermietern steigen. Im städtischen Haushalt stiegen die Ausgaben, aber das Grundproblem des mangelnden Wohnraums werde damit nicht behoben. Die Paprika-Koalition wolle ihrer Verantwortung gerecht werden und zunächst nach pragmatischen Lösungen schauen. Lösungsvorschläge von den Linken habe er bisher nicht wahrgenommen.

Herr Winkelmann gibt zu bedenken, dass immer höhere KdU-Sätze und daraus resultierende höhere Mieten, für die Wohnungssuche von Menschen mit Behinderung nicht förderlich sei. Er plädiert eher dafür, die in Bielefeld beschlossenen Ausnahmetatbestände öfter anzuwenden und auch zu erweitern.

Vorsitzender Herr Hood verweist in diesem Zusammenhang auf die Empfehlung des Psychiatriebeirates bzgl. der Ausnahmetatbestände und der am Europäischen Protesttag formulierten Forderungen in dieser Sache.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Übernahme der Kosten der Unterkunft eine Pflichtaufgabe sei. Die Kommune müsse, unter Berücksichtigung des gesetzlichen Rahmens, die Regeln aber selbst festlegen. Die bestehenden Ausnahmetatbestände würden bereits konsequent umgesetzt; über Modifizierungen werde bereits nachgedacht.

Die Stadt Bielefeld bemühe sich derzeit, bei der Wohnungsbauförderung in die nächsthöhere Förderungsstufe zu kommen. Sollte dies gelingen, müsse bei der Gestaltung des KdU-Satzes darauf geachtet werden, dass Inhaber eines Wohnberechtigungsscheines auch eine sozial geförderte Wohnung beziehen könnten.

Vorsitzender Herr Hood bittet die Mitglieder um Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur 2. Lesung des Haushalts im SGA ein Konzept zur Weiterentwicklung der Regeln für die KdU im SGB II und XII vorzulegen und die entsprechenden Kosten und die Umsetzung für Bestandsfälle darzustellen. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- **Anpassung der Regeln zur Wirtschaftlichkeitsprüfung vor Umzugsaufforderungen**
- **Reduzierung der Anforderungen zur Nachweispflicht von Bemühungen um eine günstigere Wohnung**
- **Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung oder mit Unterstützungs-/Pflegebedarf, z. B. bei den medizinischen Überprüfungen oder bei Umzug aus einer stationären in flexible Wohnformen**
- **Anpassung des Klimabonus für energieeffiziente Neubauten**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11.5 Haushaltsplan 2018 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4887/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass Herr Stockmeyer, Stockmeyer-Stiftung, signalisiert habe, sich weiterhin am Projekt Sports4Kids zu beteiligen. Die konkrete Förderhöhe sei noch nicht bekannt. Die Verwaltung rechne aber damit, dass konkrete Ergebnisse bis zu den Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss vorliegen.

1. Lesung -

Zu Punkt 12 Ernennung neuer Mitglieder des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4884/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ernennt auf Vorschlag der unter Nr. 4 Ziffer 1 und 4 der Satzung des Psychiatriebeirates, in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 02.06.2016, genannten Institutionen folgende Personen als neue Mitglieder des Psychiatriebeirates:

- **Herr Klaus Puschmann, Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände Bielefeld**
- **Herr Dr. Georg Kremer, Bethel.regional der von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel**

- einstimmig beschlossen -

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich bei Herrn Conty und Herrn Reeske für ihre Mitarbeit im Psychiatriebeirat und wünscht den neuen Mitgliedern viel Erfolg bei der Beiratsarbeit.

-.-.-

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Herr Hood
(Vorsitzender)

Frau Krumme
(Schriftführerin)